

Friedenszentrum Martin Niemöller Haus e.V. INFO

Juni – September 2013



Pacelliallee 61, 14195 Berlin
Tel 030/84109951 Fax 030/84109952

e-mail:
niemoellerhaus2006@yahoo.de post@niemoeller-haus-berlin.de
webseite: www.niemoeller-haus-berlin.de

Bürozeiten: montags, mittwochs, freitags
zwischen 18 – 20 Uhr

Bank für Sozialwirtschaft –Konto 3013300
BLZ/ BIC: 10020500/ BFSWDE33BER
IBAN: DE09100205000003013300

Inhalt:

Seite 1: In eigener Sache: Alltägliches und Besonderes aus dem WG-Leben im Martin Niemöller Haus von Angelika Lanig

Seite 3 Arbeitsbereich Bewahrung der Schöpfung

- Gedanken zu Fukushima von Georg Paaßen
- Brauchst du so viel?- Oder: Was brauchst du wirklich? Von Renate Hartmann
- Thesen zur Eröffnung der Jahrestagung des Versöhnungsbundes zum Thema „anders wirtschaften – welches Wachstum wollen wir?“

Seite 8 Arbeitsbereich Frieden

- Wohin steuert Palästina? Von Clemens Ronnefeldt
- Interessante Links zu Israel/ Palästina Beiträgen
- Guluwalk 2013: Hopp, hopp, hopp – Kindersoldaten stopp!

Seite 16 Arbeitsbereich Freiwilligendienste

- Bäume sind Leben! Von Tobias Lohse, (Freiwilliger in Kenia)

Seite 17 Veranstaltungshinweise; weitere Beiträge

- Veranstaltung am 18.9.2013 im Martin Niemöllerhaus
"Auslandseinsätze der Bundeswehr - Folgen und Wirkungen"
- Gegen den Verlust des Politischen – Offener Brief von Christen zur Bundestagswahl

Alltägliches und Besonderes aus dem WG-Leben im Martin-Niemöller-Haus

Ca. 6.30 Uhr aufstehen, lüften, daran denken, dass heute eine Gruppe vom Service Civil International das Haus für ihr Seminar nutzt. Beim Wachwerden mentales vergegenwärtigen, was noch gecheckt werden muss: Spülmaschine ausgeräumt? Mülleimer geleert? Toiletten gereinigt? Toilettenpapier verteilt? Handtücher sauber? Handseife vorhanden? Tür offen halten? Meinen morgendlichen Tee schlürfen, duschen, danach den Gang durch das Haus machen. Schnell noch die Haustreppe fegen, Stühle stellen, das Flipchart bereitstellen, die Blumen wässern. Die Räumlichkeiten sind in Ordnung gebracht. Gegen 8 Uhr frühstücken und auf geht's zur eigentlichen Berufstätigkeit.

Ca. 16 Uhr beim Nachhause kommen von der Arbeit die Post aus dem Briefkasten holen und auf die Postfächer verteilen. Mit den anderen WG-Menschen plaudern und gemeinsam Tee trinken. Spontaner Besuch von einem alten Friedensfreund. Ein spannender Diskurs wird geführt. Natürlich stoßen wir auch auf das Thema "**Ohne Geld leben**", und schnell stellt sich heraus, dass mehr oder weniger unterschwellig der Eindruck verbreitet ist, hier im Niemöllerhaus leben die Leute seit Jahren ohne Geld auf Kosten der Kirche. Dies ist mitnichten der Fall! Schon gar nicht stimmt es, dass als Gegenleistung freies Wohnen abgearbeitet wird!

Richtig ist, dass ein Teil (z.Zt. etwa 2/3) des Gebäudes dem **Verein Martin Niemöller Haus e.V.** seit über 30 Jahren zur Nutzung überlassen ist, um in der Gemeinde die seinerzeit in der Satzung beschriebene Friedensarbeit zu verwirklichen. Die Gegenleistungen des Vereins neben der inhaltlichen Arbeit sind – an Stelle einer monatlichen Kaltmiete - ein sicher eher symbolisches Hausgeld von zurzeit 500 Euro. Darüber hinaus zahlt der Verein analog zum Umfang seiner Gebäudenutzung sämtliche Betriebskosten zu 100%!

Die Wohngemeinschaft stellt sicher, dass die alltäglichen Arbeiten, die im Haus anfallen, insbesondere Hauswarttätigkeiten, Projektleitung, Öffentlichkeitsarbeit sichergestellt werden. Diese Arbeit wird vollständig ehrenamtlich neben der Berufstätigkeit oder dem Studium geleistet.

Im Binnenverhältnis zu den Bewohnern des Hauses tragen diese, ebenso wie die weiteren Nutzer des Hauses, durch monatliche Beiträge dazu bei, dass die zu zahlenden Betriebskosten vom Verein aufgebracht werden können. Reichen diese Beiträge nicht aus, werden die Lücken aus den Spendeneinnahmen des Vereins geschlossen. Unentgeltliches Wohnen geschieht von Zeit zu Zeit und dann befristet, sofern die finanziellen Möglichkeiten des Vereins es erlauben, ist aber beschränkt auf Personen, die einen Freiwilligen dienst im Haus ableisten. Freiwillige erhalten in der Regel Unterkunft, Verpflegung und Taschengeld vom Verein gestellt.

In der Vergangenheit lebten unter diesen Voraussetzungen befristet Freiwillige aus Polen, den Niederlande, Großbritannien und den USA im Martin Niemöller Haus. Aktuell lebt ein deutsch-spanisches Paar mit Kleinkind unter diesen Bedingungen im Haus. **Die Besonderheit dieser beiden Freiwilligen ist, dass sie zwar die unentgeltliche Unterkunft in Anspruch nehmen, auf Verpflegung und Taschengeld verzichten**, obwohl sie es bekommen könnten. Hintergrund ist, dass sie aufgrund ihres konsum- und gesellschaftskritischen Lebensentwurfes darauf verzichten und erfolgreich versuchen, ohne Geld zu recht zu kommen.

Die Konsumkritik der im Überfluss lebenden Wegwerfgesellschaft ist gleichzeitig inhaltlicher Bestandteil des Freiwilligendienstes. In erheblichem Umfang gelingt es den beiden Freiwilligen, mit ihrem örtlichen Netzwerk mehr Lebensmittel vor dem Wegwerfen zu bewahren, als sie selbst jemals essen könnten. Die nicht benötigten Lebensmittel werden im Rahmen des Projekts „Foodsharing“ verteilt. Hier schließt sich gleichsam der Kreis zum Motto des Kirchentages in Hamburg "Soviel Du brauchst".

Im Gegensatz zum Thema „Foodsharing“ ist der Versuch, ohne Geld zu leben, zwar auch Teil des gesellschaftskritischen Lebensansatzes von Raphael und Nieves, inhaltlich jedoch nicht Bestandteil des Freiwilligendienstes oder der Friedensarbeit des Vereins. Es gibt dennoch im Freundeskreis des Vereins Einzelpersonen, die auch damit sympathisiert. Der Versuch, ohne Geld zu leben, ist die private Angelegenheit der beiden, ebenso wie die Entscheidung, sich vegan zu ernähren.

Misslich ist daran nur, dass im Rahmen der Pressearbeit, die mit den Inhalten des Freiwilligendienstes (Foodsharing) verbunden ist, der Slogan "Leben ohne Geld" oder die eine oder andere plakative These, die in Interviews geäußert wird, von den Medien dermaßen in den Mittelpunkt gerückt werden, dass die eigentlichen Anliegen zum Teil verschüttet werden. Dies zugunsten differenzierter Betrachtungsweisen zu ändern, ist sehr schwer, wenn nicht unmöglich.

Viele Medien funktionieren eher schlicht, wenn sie die Aussage „Ohne Geld leben“ in den Mittelpunkt der Berichterstattung stellen. Dabei soll dieser ins Auge springende Slogan ja zunächst nur das mediale Interesse wecken, um dann Themen wie *Überfluss*, *Foodsharing* und *Lebensmittelvernichtung* zu diskutieren. Diese Themen werden dann schnell zu Beiwerk. Wie die Fragen oder Äußerungen vieler Besucher des Hauses zeigen, ist eine auf wenige "Überschriften" reduzierte Informationsaufnahme komplexer Zusammenhänge allgemein ein Phänomen. Auf jeden Fall bleibt die Formel „Ohne Geld leben“ hängen und verselbständigt sich. Auch wir selbst sind ja davon nicht frei.

Es ist spät geworden. Das Gespräch hängt mir noch nach. Der Tag hat sich anders entwickelt als erwartet.

Ein Tag von unzähligen Tagen. Mehr als 27 Jahre war ich WG-Mitglied. Seit dem 1. Juni bin ich in eine 2-Zimmer-Wohnung, 2km, südlich vom Niemöllerhaus, gezogen. Ich bleibe dem Haus weiterhin verbunden und werde mich weiterhin im Verein Friedenszentrum/Martin-Niemöller-Haus e.V. ehrenamtlich einbringen.

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen lieben Menschen bedanken, die mich/uns, die Wohngemeinschaft, in den 27 Jahren im Niemöllerhaus, begleitet und unterstützt haben. Es war eine ausgefüllte Lebenszeit, auf die ich gerne zurückblicke.

Angelika Lanig

Arbeitsbereich Bewahrung der Schöpfung

Auch in diesem Info drucken wir wieder zwei Beiträge, die sich mit Fragen unserer unmittelbaren Lebenswelt befassen. Georg Paaßen hat uns einen ungewöhnlichen Beitrag zur Verfügung gestellt, in dem er versucht, eine Brücke zu schlagen zwischen den Folgen der Atomkatastrophe in Fukushima/Japan und seinem beruflichen Alltag in der Altenpflege. Im Anschluss daran drucken wir die Thesen ab, die zur Eröffnung der Jahrestagung des Versöhnungsbundes in Arendtssee zur Diskussion gestellt wurden. Die Jahrestagung stand unter dem Thema:

„Anders wirtschaften – welches Wachstum wollen wir?“

Auf der Webseite des Versöhnungsbundes sind weitere Beiträge, Berichte und Arbeitsergebnisse der Tagung eingestellt.

Hier der link zur Webseite <http://www.versoehnungsbund.de/jt13-bericht>

Gedanken zu Fukushima

In der Altenpflege bestimmen chronische Krankheiten, Sterben und Tod in vielfältiger Weise den Alltag. Dass ich den Menschen helfen kann, trotz gesundheitlicher Einschränkungen, Lebensqualität zu entdecken, ist ein Grund, warum ich den Beruf nach 20 Jahren immer noch gern ausübe.

Die meisten chronisch Kranken hadern immer wieder mit ihrem Schicksal. Multiple Sklerose, Parkinson oder Krebs ... das ist schon schwer genug zu akzeptieren. Um wie viel schwieriger wird es, wenn die Erkrankung nicht unvermeidbar war, sondern von Menschen ausgelöst wurde? Erdbeben und Tsunami, die am 11. März 2011 die japanischen Küstenregionen verwüsteten waren Naturkatastrophen. Die nachfolgende Atomkatastrophe konnte nur geschehen, weil Menschen ihrer Verantwortung nicht gerecht wurden. Die Folgen der Verstrahlung wurden dadurch verschlimmert, dass seit der Katastrophe Bürokraten von Atomindustrie und Regierung die Bevölkerung ungenügend informieren und unterstützen.

Die Eltern eines Achtjährigen sagen „Aber so viel Wut, wie angebracht wäre, hat in uns drin gar nicht Platz.“ (1) So bleiben sie still.

Als Altenpfleger interessiere ich mich weniger für die Unterschiede zwischen den Maßeinheiten Becquerel und Curie, die Effektivität von Dekontaminationserfindungen, Firmenzusammenbrüche oder Staatsgarantien. Ich interessiere mich dafür, wie die Menschen, vor allem alte Menschen, nach den Katastrophen ihren Alltag bewältigen, weiter leben und weiter sterben. Dieser Text ist nach Aktivitäten des täglichen Lebens gegliedert. So ähnlich machen wir das in der Pflegedokumentation.

Sich bewegen können

Bewegung an frischer Luft ist gesund, gerade für Kinder. Yukari Ara, Mutter von zwei Söhnen im Grundschulalter, hat die beiden immer im Freien spielen lassen. Stubenhocker kamen für sie nicht infrage. Das brachte ihr Kritik von anderen Eltern ein, besonders, solange es an einzelnen Stellen im Ort „noch sogenannte Hotspots mit deutlich erhöhten Strahlenwerten“ gab. Gegen die Angst der Eltern habe auch geholfen, „dass jedes Kind in Fukushima ein kleines Dosimeter“ erhielt. Das wird ihnen täglich am Band um den Hals gehängt. (2)

Etwa 150.000 Überlebende mussten nach dem 11. März ihren Wohnort verlassen. Die ersten Wochen verbrachten sie in Notunterkünften wie Turnhallen oder Schulen. Nach und nach wurden

Behelfswohnungen zur Verfügung gestellt. Wohltätigkeitsorganisationen stellten mehr als 120.000 „Pakete mit Waschmaschine, Kühlschrank, Fernsehgerät, Reiskocher, Mikrowellenherd und Heißwasserspender zusammen, damit solche Wohnungen bewohnbar wurden, für Menschen, die dem Tsunami nur knapp entronnen und kaum mehr retten konnten als wichtige Papiere.“ (3)

In den Unterkünften ist es eng. Drei SeniorInnen üben sich in positivem Denken: „Willst Du den Fernseher einschalten: greif einfach da rüber. Eine Tasse Kaffee? Kannst Du hier nehmen. Alles ist in Reichweite!“ Und putzen ginge hier blitzschnell. (4)

Ein Journalist fragt eine Runde von zehn Leuten, die sich in einem Gemeinschaftsraum der Behelfssiedlung treffen, ob sie zurück in ihren

Heimatort Namie möchten. Niemand der Anwesenden kann sich das noch vorstellen. „Die Gärten sind überwuchert und die Häuser sind von Mäusen und Spinnen bevölkert. Es riecht fürchterlich,“ sagt jemand. „Ich will nicht in Angst leben müssen. Ich werde nicht zurück gehen,“ sagt Toyoguchi. Es sei unrealistisch auf eine Rückkehr zu hoffen. (4)

Es ist ein Grundrecht, sich frei bewegen und den Wohnort frei wählen zu können. Das gilt in der Region Fukushima nicht mehr.

Vitale Funktionen aufrecht erhalten

Der Tsunami kostete 47 der 113 BewohnerInnen eines Altenheims in Kesennuma das Leben. Wer konnte, rettete sich in die zweite Etage. Doch viele wurden nass, und elf der Überlebenden starben in den folgenden zwei Tagen. Unmittelbar nach den Katastrophen waren Unterkühlung, Flüssigkeitsmangel und Atemwegsinfektionen die größten gesundheitlichen Probleme der Überlebenden. (5) Puls, Blutdruck, Atmung und Bewusstsein sind Vitalzeichen. Pflegekräfte messen und dokumentieren diese Werte - weltweit. In der Gegend um die explodierten Atomanlagen kommen jetzt Strahlungswerte hinzu. Und während Besorgnis erregende Veränderungen der Vitalwerte spürbar und oft auch von anderen beobachtbar sind, ist Radioaktivität unsichtbar. Menschen haben keinen Körpersinn, um Strahlung wahrzunehmen. Erhöhte Messwerte künden von Krankheit und Tod. Vielleicht.

Essen und trinken

Haben Sie einen Lieblingsmetzger? Oder einen Gemüsehändler, der auf dem Wochenmarkt die Erdbeeren aus der Nachbarschaft anbietet? In Japan gibt es eine lange Tradition, regionale Speisen auf den Tisch zu bringen. In der Gegend um Fukushima ist es damit vorbei. Regen hat vom AKW freigesetzte Partikel in die fruchtbaren Böden eingebracht. Untersuchungen von Fischen und Meeresfrüchten zeigten Besorgnis erregende Werte. Auch 2013 gelten noch lokale Fangverbote. „Futtern wie bei Muttern“ ist seit März 2011 mit einer erhöhten Strahlenbelastung verbunden. „Die Aufnahme von Radioaktivität über Nahrungsmittel ist derzeit das größte gesundheitliche Risiko in Fukushima.“ (6) H

Idekazu Hirai, Rentner aus Tokio begegnete in der Präfektur Fukushima Bauern, die wieder aufbauen wollen, was am 11. März 2011 zerstört wurde. Doch der Reis, den sie pflanzen, ist beinahe unverkäuflich. Die Menschen trauen den offiziellen Versicherungen, die Lebensmittel aus der Region seien ungefährlich, nicht. Um die

Bauern zu unterstützen hat Hirai 2012 einen Aufruf gestartet und alte Menschen aufgefordert Reis aus Fukushima zu essen. Verglichen mit jungen Menschen, seien alte weniger anfällig für Erkrankungen, die durch erhöhte Radioaktivität verursacht werden. Ein Altenheim in Tokio kaufte 700 kg. Hirai betont, dass er selbst nicht an dem Handel verdiene. Es gehe ihm aber nicht nur darum, den Landwirten zu helfen. Es liege ihm auch daran, dass möglichst viel Reis von Älteren gegessen werde, um zu verhindern, dass der Reis aus Fukushima in Kindernahrung gelangt. (7)

Sich selbst und das Umfeld pflegen können

Wer von der Gartenarbeit ins Haus kommt, wäscht sich. Wasser und Seife entfernen ziemlich zuverlässig sichtbaren Schmutz und gewöhnliche Krankheitserreger. Strahlende Partikel sind so kaum los zu werden. Menschen, die in besonders mit Radioaktivität belasteten Gebieten leben, wurde staatlicherseits angeboten, mit einem Ganzkörperzähler („whole body counter“) die Strahlung zu messen. Diese Gerätschaften wurden auch in Grundschulen aufgestellt. Es beruhigt, wenn die Belastung im nicht messbaren Bereich liegt. (6)

Ein ehemaliger Taxifahrer hat das Wasser aus der Regenrinne seines Hauses gemessen. Sein Spitzenwert war einmal $40 \mu \text{ Sv/h}$ (6). In Japan wissen die Menschen der Einheit „Mikrosievert pro Stunde“ inzwischen eine Bedeutung beizumessen. Sein Haus darf er noch bewohnen. Aber ist es so sauber und ordentlich, wie es dem Auge scheint?

Ausscheiden

Ob Menschen radioaktive Partikel in den Körper aufgenommen haben, ist nicht leicht zu messen, da manche Strahlungsarten das Körpergewebe nur wenig durchdringen. Gewebeproben zu entnehmen und zu analysieren ist aufwändig. Die Messung von Radioaktivität in den Ausscheidungen ist ein Weg um Daten zu sammeln. Im Juni 2011 wurde der Urin von 15 PatientInnen eines Krankenhauses der Region untersucht. In allen Proben wurden deutlich erhöhte Strahlungswerte gemessen. (8)

Bis 2011 vertrat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) immer den Standpunkt, radioaktive Strahlung unterhalb bestimmter Grenzwerte sei ungefährlich. Im Mai 2011 rang sich die Leiterin der WHO Chan zu der Aussage durch: es gebe kein ungefährliches Niveau radioaktiver Strahlung. Radioaktive Partikel, die über Nahrung, Wasser oder Atemluft in den Körper gelangen, können sich zum Beispiel in Schilddrüse oder Knochen

ablagern. Dort strahlen sie weiter und schädigen die Zellen im Umfeld. Diese Art der radioaktiven Belastung ist, so schreibt der IPPNW, „verantwortlich für bis zu 95 Prozent aller durch radioaktive Strahlung verursachten Krebsfälle und genetischen Veränderungen.“ (9)

Kleiden

Schutzanzüge sind das auffälligste Kleidungsstück, wenn wir an die Bilder nach der Atomkatastrophe zurück denken. Die Bevölkerung wurde an öffentlichen Stellen von Menschen in Schutzanzügen und mit Geigerzählern, auf radioaktive Strahlung untersucht. Aber was heißt das für diejenigen, die mit normaler Kleidung vom Wohnort zur Untersuchung kommen ... und auch wieder zurück kehren. Gibt es alltagstaugliche Kleidung, die vor Strahlung schützt? Welche Folgen hat diese Schutzlosigkeit für die eigene Gesundheit und für die Menschen, die sie lieben?

Ruhen und schlafen können

Schlaflosigkeit war eines von vielen Problemen der Überlebenden und HelferInnen. „Ärzte ohne Grenzen“ begann einige Wochen nach den Katastrophen, psychologische Beratung anzubieten (10). In der öffentlichen Debatte in Japan wird inzwischen die Meinung vertreten, dass außerhalb der Sperrzone die größte gesundheitliche Gefahr nicht von der radioaktiven Strahlung ausgehe, sondern die Angst das eigentliche Problem sei. Sie nennen es „Radiophobie“. (6)

Alpträumhafte Phantasien kommen mir, als ich ein Interview mit einem Polizeibeamten lese. Er durchsucht den Schutt im Umfeld einer Schule nach Opfern - im Februar 2012, elf Monate später. „Unsere Suche wird so lange nicht enden, wie es Vermisste gibt“, sagt er (10).

Ist es wahr, dass auch nach so langer Zeit noch jemand über Leichen stolpern könnte? 2013 wird ein Mann namens Yoshikawa gefragt, ob er manchmal vom Tsunami träumt. „Ja, immer“, lautet seine Antwort (6).

Sich beschäftigen können

„Hätte ich eine Arbeitsstelle, würde ich dahin umziehen, aber ich habe keinen Arbeitsplatz. Wäre ich ein Student, würde ich jetzt an der Hochschule sein. Wenn ich in meiner Heimat wäre, dann bliebe ich dort, bis ich sterbe. Aber ich sitze hier, in der Behelfsunterkunft. Soll ich hier bleiben? Ich habe kein Ziel, keine Aussicht auf Zukunft. Ich lebe einfach von Tag zu Tag, „sagt jemand in einem Interview mit der Japan Times. Dies Stimmung sei vorherrschend in den Übergangswohn-

heimen, zwei Jahre nach den Katastrophen. „Wir wollen unser Leben zurück haben, so wie es früher war. Wir wohnten 20 Minuten von Eltern und Schwiegereltern weg. Am Wochenende gab es dort Grillabende. Das Schlimmste ist, dass wir nicht mehr tun können, was vorher ganz selbstverständlich war.“ (4)

2012 drohte Tepco die monatlichen „Schmerzensgeldzahlungen“, die die Evakuierten bekommen, um die Hälfte zu kürzen. Viele der Älteren leben allein und könnten ohne das Geld kaum zurecht kommen. Sumiko Toyoguchi, selbst über 70, kam aus einem Ort, in dem vor dem 11. März 2011 etwa 40 % der Bewohner über 60 Jahre alt waren. Sie half eine erfolgreiche Kampagne gegen die Kürzungen zu organisieren. Doch solches Engagement ist selten unter den Opfern. (4)

Sich als Mann/Frau fühlen

Familienplanung ist für Menschen, die der Strahlung ausgesetzt waren oder sind, erheblich komplizierter geworden. Daten aus Tschernobyl zeigen deutlich erhöhte Zahlen für Säuglingssterblichkeit und Missbildungen. Auch Hirntumore oder Schilddrüsenkrebs treten dort bei Kindern deutlich gehäuft auf. (12) Wer nach der Verstrahlung wegzieht, in eine andere Region Japans, wird voraussichtlich wenig Chancen haben, dort jemanden zu finden, um eine Familie zu gründen.

Für Sicherheit sorgen

Wie können Menschen für sich selbst, wie können Eltern für ihre Kinder „Sicherheit“ organisieren? Radioaktivität ist für Menschen nicht wahrnehmbar und deshalb besonders heimtückisch. Hinzu kommt, dass öffentliche Stellen Grenzwerte seit dem 11. März 2011 mehrfach geändert haben. Messwerte wurden anfänglich nur zögerlich und oft unvollständig veröffentlicht. Welche Intensität welcher Strahlungsart noch als vertretbar angesehen werden kann, ist höchst umstritten. „Die aus Tschernobyl freigesetzten Radionuklide verbreiteten sich aber über ganz Europa und in der gesamten nördlichen Hemisphäre. So kommt der sogenannte TORCH-Report („The Other Report on Chernobyl“) von 2006 zu dem Ergebnis, dass insgesamt mit etwa 30.000 bis 60.000 zusätzlichen Todesfällen durch Krebs zu rechnen ist.“ (13)

Der IPPNW berichtet im Jahr 2011 von Angaben der Liquidatoren-Vereinigungen aus Tschernobyl. „Allein bei den Liquidatoren gäbe es bisher 112.000 bis 125.000 Tote bei insgesamt 830.000 Helfern. Die durchschnittliche Lebenserwartung der inzwischen Verstorbenen liege bei rund 43 Jahren. 94 Prozent der Aufräumarbeiter seien

heute erkrankt, vorwiegend an Nicht-Krebs-Erkrankungen.“ Gibt es Grund zu hoffen, dass es in Japan weniger schlimm wird? Dr. Bernd Hontschik appelliert in der Frankfurter Rundschau: „Leute, hört auf Eure Ärzte: Wir werden Euch nicht helfen können! Es gibt nur eine Vorsorge. Ausstieg. Jetzt.“ (14)

Soziale Bereiche des Lebens sichern

Wenn die jungen Menschen sich in der Folge der Katastrophen zunehmend mit der eigenen Gesundheit und der Gesundheit ihrer Kinder auseinandersetzen zu setzen haben, dann bleibt wenig Energie, um sich in konfuzianischer Tradition um die Elterngeneration zu kümmern. Das DRK schreibt über ein älteres Ehepaar, sie lebten jetzt „in einer völlig veränderten Umgebung ohne die alten Freunde und Nachbarn. Als Ergänzung zur psychosozialen Betreuung organisieren freiwillige Helfer deshalb Gemeinschaftsaktionen, damit sich die Betroffenen in den temporären Siedlungen kennenlernen, weniger allein fühlen und zusammen Hoffnung schöpfen können.“ (3)

Mit existenziellen Erfahrungen des Lebens umgehen

„Das Rote Kreuz meldete zuletzt 15.879 Tote und 2.712 Vermisste. Die meisten der mutmaßlich 18.591 Opfer sind im kalten Wasser ertrunken.“ (15) Dass die Naturkatastrophe so viele Opfer forderte, ist für die Überlebenden schwer zu verkraften. Hinzu kommen Schreckensmeldungen, wie diese:

Im Februar 2013 schreibt die Weltgesundheitsorganisation (WHO), dass für ein Mädchen, das 2011 im Kindergartenalter war, und im Umkreis von 25 Kilometern um das AKW Daiichi lebte, die Wahrscheinlichkeit, im Laufe ihres Lebens an Schilddrüsenkrebs zu erkranken, um 70 Prozent erhöht sei.“ (6)

Wie kann jemand mit solchen Aussichten ein glückliches Leben gestalten? Welche Religion bereitet die Gläubigen darauf vor, von menschengemachten Katastrophen einem schleichenden Tod ausgeliefert zu werden?

Georg Paaßen, im März 2013

© Autor: Georg Paaßen, dieser Text ist unter http://www.pflegestufe.info/download/2013-03_gedanken-zu-fukushima.pdf zu finden.

Quellen

(1) Neue Zürcher Zeitung: „Der Taxifahrer“, Artikel im Fukushima Special am 9.3.2013, heruntergeladen von http://fukushima.nzz.ch/?extcid=Newsletter_08032013_Top-News_am_Morgen#der-taxifahrer, am 9.3.2013

(2) Neue Zürcher Zeitung: „Die Schulleiterin“, Artikel im Fukushima Special am 9.3.2013, heruntergeladen von http://fukushima.nzz.ch/?extcid=Newsletter_08032013_Top-News_am_Morgen#die-schulleiterin, am 9.3.2013

(3) DRK: „Wiederaufbau: Zusammen die Zukunft gestalten“, download von <http://www.drk.de/weltweit/asien-nahost/japan-hilfe-nach-erdbeben/wiederaufbau.html>, am 10.3.2013, Text ohne Datumsangabe, geschätzt: Frühjahr 2012

(4) Japan Times online: „Two years on, Fukushima evacuees seek justice and a normal life“, Artikel vom 10.3.2013, heruntergeladen von <http://www.japantimes.co.jp/life/2013/03/10/people/two-years-on-fukushima-evacuees-seek-justice-and-a-normal-life/#.UTwBP6Uc3-k>, am 10.3.2013

(5) Japan Times online: „Quake takes heaviest toll on elderly“, Artikel vom 19.3.2011, heruntergeladen von <http://www.japantimes.co.jp/news/2011/03/19/national/quake-takes-heaviest-toll-on-elderly/#.UTwBNqUc3-k>, am 10.3.2013

(6) Neue Zürcher Zeitung: „Der Fischer“, Artikel im Fukushima Special am 9.3.2013, heruntergeladen von http://fukushima.nzz.ch/?extcid=Newsletter_08032013_Top-News_am_Morgen#der-fischer, am 9.3.2013

(7) Paaßen, Georg: „Strahlende Senioren“, Artikel auf www.pflegestufe.info vom 9.8.2012, heruntergeladen von <http://www.pflegestufe.info/rss/2012-iii/2012-08-09.html>, am 10.3.2013

(8) Japan Times online: „Fukushima residents' urine now radioactive“, Artikel vom 27.6.2011, heruntergeladen von <http://www.japantimes.co.jp/news/2011/06/27/national/fukushima-residents-urine-now-radioactive/#.UTTwaUc3-1>, am 9.3.2013

(9) Zumach, Andreas: „Radioaktive Strahlung immer gefährlich“, Artikel in der taz vom 5.5.2011, heruntergeladen von <http://www.taz.de/!70237/>, am 10.3.2013

(10) Ärzte ohne Grenzen: „JAPAN. Die Aktivitäten von Ärzten ohne Grenzen im Überblick“, Artikel vom 1.5.2012, heruntergeladen von <http://www.aerzte-ohne-grenzen.de/informieren/einsatzlaender/asien/japan/index.html>, am 10.3.2013

(11) Japan Times online: „Search for disaster victims held on Fukushima coast“, Artikel vom 21.2.2012, heruntergeladen von <http://www.japantimes.co.jp/news/2012/02/21/national/search-for-disaster-victims-held-on-fukushima-coast/#.UTTwwqUc3-1>, am 9.3.2013

(12) IPPNW Aktuell, Ausgabe 24, März 2011, heruntergeladen von http://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomenergie/ippnw_aktuell_24_web.pdf am 10.3.2013

(13) Paulitz, Henrik, Eisenberg Winfrid und Thiel, Reinhold: „IPPNW-Informationen zu Atomenergie und Energiewende – Atomkatastrophe in Japan – Gesundheitliche Folgen von Fukushima“, 6. März 2013

(14) Paaßen, Georg: „Japan“, Artikel auf www.pflegestufe.info vom 18.3.2011, heruntergeladen von <http://www.pflegestufe.info/rss/2011-i/2011-03-18.html>, am 10.3.2013

(15) Neue Zürcher Zeitung: „Epilog“, Artikel im Fukushima Special am 9.3.2013, heruntergeladen von http://fukushima.nzz.ch/?extcid=Newsletter_08032013_Top-News_am_Morgen#epilog, am 9.3.2013

Arbeitsbereich Bewahrung der Schöpfung

Brauchst du so viel? Oder Was brauchst du wirklich?

In unserem reichen Land scheint der Überfluss oft mehr zum Problem zu werden als die Sorge um das tägliche Überleben. Aber wer genau hinschaut, kann auch hier die Augen nicht vor der Armut verschließen. Ja, auch hier hungern Menschen. Kaum ein Tag vergeht, an dem mir nicht auf dem Weg zur Arbeit ein Mensch begegnet, der mit niedergeschlagenem Blick seine kurze, bittere Lebensgeschichte vorträgt- aber wer hört ihm schon zu...? Auch ich kann es nicht immer, bin oft zu sehr mit mir selbst beschäftigt- aber zurück bleibt oft ein schales Gefühl, eine Mischung aus Scham und Hilflosigkeit.

Warum ist es so schwer zu helfen? Es kostet doch nur wenig- der Schritt heraus aus der Anonymität, aus der Normalität- aber es lohnt sich. Für einen kurzen Moment erhellt sich der Blick meines Gegenübers, wenn ich ihm eine *Motz* oder den *Straßenfeger* abkaufe und ihm ein Stück Aufmerksamkeit schenke. Nein, so schwer ist das nicht.

Ein anderes Mal mache ich mich am Sonntagmorgen bei winterlicher Kälte sehr früh auf den Weg zur Stadtmission am Hauptbahnhof, in meinem Rucksack einen großen Sack mit „geretteten“ Brötchen- eine von unzähligen Lebensmittelspenden der *Bio Company*, die im Rahmen der Kampagne *Foodsharing* vor dem Wegwerfen bewahrt worden sind. Dieses Mal sind es besonders viele Brötchen, und so habe ich mich entschlossen, die Notübernachtung anzurufen, deren Adresse ich aus der Straßenzeitung *Die Motz* habe. Ja, ich könne gern vorbeikommen, Spenden sind immer erwünscht, allerdings müsse ich vor acht Uhr kommen, denn dann schließt die Notübernachtung. Also gut.

Ein wenig mulmig ist mir schon zumute, als ich dort ankomme, auch wenn ich meinen Besuch angekündigt habe, aber dennoch... Das Elend schlägt mir förmlich entgegen, und ich schäme mich fast, mit meinen Brötchen dort anzukommen. Menschen, vor allem Männer, mustern mich und meinen großen Rucksack neugierig- Menschen, die eine Nacht im Warmen verbringen durften und nun wieder einen Tag zusehen müssen, wie sie sich durchschlagen....

Ich liefere meine Brötchen ab, erleichtert, dass ich mir ein Herz gefasst habe, dorthin zu fahren, und mache mich etwas beklommen wieder auf den Heimweg.

Zurück in Dahlem, wo die Welt noch in Ordnung zu sein scheint, kommt mir das alles schon wieder so unwirklich vor, denn hier gehören Armut und Elend eher zu den Randerscheinungen.



„Soviel du brauchst“- das Motto des diesjährigen Kirchentages in Hamburg- dieses Motto gefällt mir sehr. Nicht „Soviel du willst“, nein, sondern, „Soviel du brauchst“, denn dann merke ich: ich brauche gar nicht all das, was ich zu brauchen meine (was mich allerdings nicht davon abgehalten hat, mir wieder viel zu viel Infomaterial auf dem Kirchentag mitzunehmen...). Vieles brauche ich nicht und kann es getrost abgeben- anderes brauche ich vielleicht doch und bekomme es von anderen- der Gedanke gefällt mir.

Miteinander teilen und voneinander lernen- so versuchen es unsere Mitbewohner Nieves und Raphael ganz praktisch umzusetzen, und obgleich wir durchaus nicht immer einer Meinung sind, so merke ich doch, dass ich Vieles von dem, was sie leben, nachvollziehen kann, und darüber freue ich mich.

Renate Hartmann

Arbeitsbereich Bewahrung der Schöpfung

Thesen zur Eröffnung der Jahrestagung des Versöhnungsbundes zum Thema „anders wirtschaften – welches Wachstum wollen wir?“

1. Wachstum ist nicht von vornherein schlecht, sondern Merkmal all dessen, was lebt. Leben wächst und soll auch wachsen dürfen: wir selbst und das Leben um uns herum, vor allem, wenn es noch klein ist.
2. Jedes lebendige Wachsen weiß um seine Grenze, das ihm eigene Maß. Die Bäume wachsen nicht in den Himmel und wir zum Glück nicht an die Decke.
3. Zum menschlichen Maß gehört nicht nur unsere Natur als Einzelwesen, sondern auch die Art unserer Beziehungen innerhalb und zur Menschheit, das Du und die Gemeinschaft, die Liebe und die Gerechtigkeit.
4. Zu unserem menschlichen Sein, auch dem miteinander-sein gehört das Haben.

Das Eigentum ist Teil der menschlichen Freiheit. Alles, was uns Not tut und was wir zum Leben und Lebenserwerb brauchen, sollen wir haben dürfen. Zum menschlichen Maß gehört das selbstgenutzte Eigentum ebenso wie das, was allen gemeinsam gehört, gehören sollte: die Luft, das Wasser, das Land, die Bodenschätze.
5. Habgier hat kein Maß und kennt keine Grenzen. Seine einzige aus dem Bewusstsein verdrängte Grenze ist der Tod.
Häuptling Seattle sagte über den weißen Mann: er wird nicht ruhen, ehe nicht der letzte Baum verkauft und der letzte Fluss vergiftet ist.
6. In diesem Sinn sägt eine Gesellschaft, deren Wohlstandsideal auf einem ständigen Wirtschaftswachstum beruht, sich selbst den Ast ab, auf dem sie sitzt. Hinzu kommt, dass diese Art der Wohlstandsmehrung i.d.R. mit einer ungleichen Verteilung der materiellen Güter verbunden ist, mit einem Reichtum der wenigen, deren Kehrseite die materielle Armut der vielen ist. Dies gilt sowohl in Bezug auf die eigene Gesellschaft als auch auf die Menschheit als Ganzes.
7. Was hat dieses Problem mit dem Grundanliegen des Versöhnungsbundes zu tun, der Gewaltfreiheit? Hemmungsloses Wirtschaftswachstum führt in doppeltem Sinn zu Gewalt:

Die mit diesem Wachstum verbundene Zerstörung von Leben und Lebenschancen erkennen wir aus Sicht der Opfer als strukturelle Gewalt. Das damit verbundene Streben nach Dominanz in der Verteilung der begrenzten Güter ist begleitet auch von direkter Gewalt.

Habgier und Frieden schließen sich gegenseitig aus. Umgekehrt stehen Einfachheit im Sinne des menschlichen Maßes und Gewaltlosigkeit offenkundig in enger Beziehung zueinander.
8. Anders wirtschaften ist deshalb eine notwendige Bedingung, Gewalt in den menschlichen Beziehungen und im Verhältnis zur ganzen belebten Natur zu überwinden.
9. Auch wenn wir selbst keine wirtschaftlichen Unternehmen leiten, so sind wir doch als Konsumenten von Waren und Dienstleistungen, von Energie und Verkehr, handelnde Akteure in der Wirtschaft und bestimmen mit dem nachgefragten Verbrauch sogleich über Art und Ausmaß der Produktion. Es ist eine moralische Frage, welchen Verbrauch wir uns im Verhältnis zur Menschheit und ihren natürlichen Grundlagen zugestehen.
10. Es geht letztlich um den angemessenen Lebensstil, um die Existenzweise des Seins statt des Habens. Der Weg dorthin geht über ein kreatives Unterlassen all dessen, was uns nicht Not tut, um die Gestaltung der heilsamen Alternative in der Wirtschaft und unseren sozialen Beziehungen.

Arendsee, 09.05.2013 Ullrich Hahn

Arbeitsbereich Frieden

Clemens Ronnefeld, Friedensreferent beim Versöhnungsbund, war im letzten Jahr mehrfach im Martin Niemöllerhaus zu Gast und hat über verschiedene Nahostthemen referiert. Regelmäßig war es uns möglich, seine Beiträge zu Nahostthemen in unserem Info abzudrucken. Im Frühsommer hielt sich Clemens erneut in der Region auf. Wir planen im Herbst eine weitere Veranstaltung durchzuführen. Den folgenden Beitrag hat er uns zur Verfügung gestellt.

Wohin steuert Palästina?

von Clemens Ronnefeldt

Der jüngste Gazakrieg im November 2012, der mehr als 160 Todesopfer auf palästinensischer und fünf auf israelischer Seite forderte, hat die Hamas gestärkt - die Fatah dagegen geschwächt.

Seit dem Wahlsieg der Hamas im Januar 2006 drifteten beide palästinensische Lager immer stärker auseinander und bauten jeweils eigene Sicherheitsapparate auf, die nur von ihnen selbst kontrolliert werden. Fatah-Mitglieder verfolgten und töteten Hamas-Mitglieder in der Westbank, Hamas-Mitglieder verfolgten und töteten Fatah-Mitglieder im Gazastreifen.

Eine palästinensische Nationalinitiative unter Leitung des Arztes Dr. Mustafa Barghouti versuchte, beide Lager wieder einander anzunähern. Die Fatah wurde bei den jüngsten Versöhnungsgesprächen mit der Hamas Ende des Jahres 2012 von Abdallah Al-Frangi vertreten, dem langjährigen höchsten diplomatischen Vertreter der Palästinenser in Deutschland.

Im Januar 2013 trafen sich Präsident Mahmud Abbas (Fatah) und der Hamas-Politbüro-Chef Khaled Meschal, der seinen Wohnsitz von Damaskus nach Kairo verlegt und trotz scharfer Kritik aus Teheran mit Präsident Assad gebrochen hat, zusammen mit Ägyptens Präsident Muhammad Mursi, um den im Mai 2011 begonnenen "Versöhnungsprozess" zwischen Hamas und Fatah voran zu bringen. Seit der offiziellen Unterzeichnung des Versöhnungsabkommens im Mai 2011 haben sich beide Seiten kaum angenähert. Während Mursis Vorgänger Hosni Mubarak der Fatah näher stand, liegen die Sympathien des aktuellen ägyptischen Präsidenten stärker auf Seiten der Hamas, die aus der Muslimbruderschaft hervorgegangen ist.

Themen dieses Treffens waren unter anderem die Bildung einer gemeinsamen Technokraten-Regierung sowie die bereits für 2012 vorgesehenen palästinensischen Parlamentswahlen in der

Westbank wie auch im Gazastreifen, die bisher nicht durchgeführt werden konnten. Sowohl der Gazakrieg im November 2012 als auch die Aufwertung Palästinas in der UN-Vollversammlung haben beide palästinensische Lager wieder einander näher gebracht.

Zur Situation der Fatah nach dem Wahlsieg der Hamas 2006

"Viel gegeben, nichts bekommen. Die Veröffentlichung von Geheimunterlagen kostet Palästinenser-Chef Abbas den letzten Kredit", titelte die Süddeutsche Zeitung am 25.1.2011. In den sogenannten "Palästina-Papieren", rund 1 600 Geheimunterlagen über Friedensverhandlungen zwischen israelischer und palästinensischer Regierung, die von "Al-Dschasira" und dem britischen "Guardian" veröffentlicht worden waren, war Erstaunliches zu lesen: "So akzeptierte sie (Anm.: C.R.: die Regierung Abbas) den Siedlungsbau in Ost-Jerusalem fast vollständig. Sie wollte in der Frage der Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge nachgeben. Sie befürwortete eine enge Zusammenarbeit der palästinensischen Sicherheitskräfte mit den Israelis. Und sie sagte gemeinsame Aktivitäten mit ausländischen Geheimdiensten zu, um die in Gaza regierende Islamisten-Partei Hamas zu zerschlagen. Selbst über den bevorstehenden Krieg 2008 und 2009, bei dem rund 1200 Menschen starben, sollen Abbas und seine Leute vorab Bescheid gewusst haben" (SZ, 25.1.2011). Verbunden waren die palästinensischen Zusagen zur Akzeptanz jüdischer Siedlungen mit der Forderung nach Gebietsabtretungen Israels mit dem Ziel einer palästinensischen Gebietserweiterung.

Sowohl für Präsident Abbas wie auch für Premierminister Salam Fayyad war diese Veröffentlichung ein politischer "Super-GAU". Für die von israelischer Seite in Ostjerusalem aus ihren Häusern vertriebenen Palästinenser erschien die Regierung Abbas als "Verräter", die ihre Zustimmung zur Vertreibung gegeben hatte.

Äußert fraglich bleibt, ob Präsident Abbas und Premierminister Fayyad diese weitreichenden Zugeständnisse gegenüber der palästinensischen Bevölkerung hätten durchsetzen können.

Als "undichte Stelle", die die Papiere an die Presse weiter gereicht haben könnte, wurde recht bald Mohammed Dahlan verdächtigt, ein zunächst potentieller Nachfolger von Abbas, der bis 2007 die Fatah-Sicherheitskräfte im Gazastreifen befehligte. "Er hatte 2007 mit Hilfe der US-Regierung einen Plan entworfen, die Hamas-Regierungsvertreter im Gazastreifen mit Gewalt zu entmachten" (SZ, 25.1.2011).

Welch hohes Risiko dabei auch die israelische Regierung bereit war, für die Beseitigung der demokratisch gewählten Hamas von der Macht im Gazastreifen in Kauf zu nehmen, zeigte ein Interview im US-Magazin "Vanity Fair" mit Mohammed Dahlan, über das die Süddeutsche Zeitung am 7.3.2008 berichtete: "In dem Gespräch behauptet der Mann, der sich schon früh bester Kontakte in die USA rühmte, die Regierung von George W. Bush habe seine Truppe aufgerüstet, um einen palästinensischen Bürgerkrieg zu provozieren. Nur leider habe sich die Strategie als Bumerang erwiesen, weil nicht die Fatah, sondern die Hamas bei diesem Kampf schließlich siegte in Gaza. Es ist kein Geheimnis, dass die Regierung in Washington den Sicherheitskräften der Fatah Geld für Waffen und Training zukommen ließ. Das US-Magazin aber behauptet nun, ein Teil der Mittel sei wegen der Widerstände im amerikanischen Kongress auf Umwegen geflossen - über arabische Staaten. Im Dezember 2006 passierten demnach vier ägyptische Lastwagen die von Israel kontrollierte Grenze zum Gazastreifen. Die Fracht: 20 000 ägyptische Gewehre und reichlich Munition für Dahlans Leute von der Fatah. Interessant daran ist auch: Waffenlieferungen nach Gaza mussten von Israel genehmigt werden." So weit die "Süddeutsche Zeitung", die den Artikel betitelte: "Feinde schaffen mit Waffen".

Nach dem Scheitern des Waffeneinfuhr-Unternehmens musste Fatah-Sicherheitschef Dahlan mit seinen Mitarbeitern schnellst möglich vor der Hamas aus dem Gazastreifen fliehen und ließ sich in Kairo nieder. Nachdem Mohammed Dahlan den palästinensischen Präsidenten Abbas der Korruption bezichtigt hatte und ihn wegen der erfolglosen Friedenshandlungen mit der israelischen Regierung kritisierte, entzog Abbas seinem Kritiker dessen Leibwächter und drohte ihm eine Haftstrafe an.

Eine jüngere Fraktion innerhalb der Fatah, die Abbas schon länger los werden möchte, sah nach der Veröffentlichung der "Palästina-Papiere" die Chancen für das Gelingen eines

Generationswechsels und den Sturz von Abbas steigen.

Im März 2013 versuchte Mahmud Abbas, Ministerpräsident Salam Fayyad wegen heftiger Konflikte zu entlassen und Wirtschaftswissenschaftler Mohammad Mustafa mit der Bildung einer neuen Regierung zu beauftragen. Die Konflikte zwischen Abbas und Fayyad eskalierten, als Fayyad seinen Finanzminister Nabil Kassis während einer Auslandsreise von Mahmud Abbas aus dem Amt entließ (1). Fayyad könnte ein möglicher Nachfolger von Abbas werden und hat Ende März 2013 erstmals öffentlich seine Bereitschaft zur Kandidatur bei den nächsten Präsidentschaftswahlen erklärt.

Am meisten profitierte die Hamas von der Veröffentlichung der "Palästina-Papiere". Sie konnte sich als Vertreterin der wahren Interessen des palästinensischen Volkes präsentieren.

Zur Situation der Hamas nach ihrem Wahlsieg 2006

Nach dem Hamas-Wahlsieg 2006 verzögerte die Fatah-Führung zunächst die Übertragung von Regierungsgewalten an die Hamas, ein Jahr später hatte die Hamas den Machtkampf gewonnen.

Rudolph Chimelli schrieb in der SZ, 24./25. Dezember 2012: "Die Hamas baut Moscheen, verbessert die Gesundheitsversorgung, bekämpft erfolgreich Kriminalität, Korruption und 'Auswüchse westlicher Lebensart'. Alkohol gibt es nicht mehr. Umgekehrt wurden die Hamas-Mitglieder des PNA-Kabinetts (PNA: Palästinensische National Autonomie, Anm.: C.R.) in Ramallah entlassen. So war die Zweistaatenlösung für den Palästina-Konflikt nicht gedacht". Fatah-Vertreter sehen die Bilanz der Hamas weniger positiv, vor allem, was die Korruption im Gazastreifen betrifft.

Ende Oktober 2012 - kurz vor dem 8-Tage-Krieg im November - besuchte der Emir von Katar den Gazastreifen und versprach 450 Millionen US-Dollar für den Wiederaufbau. Für die Hamas und deren Präsident Ismail Hanije war dieser erste Besuch eines ausländischen Staatschefs ein großer diplomatischer Erfolg - verbunden mit der faktischen Anerkennung der Hamas-Regierung. Um Ramallah, Abbas und die Fatah machte der Emir einen Bogen und besuchte diese nicht.

Nach dem 8-Tage-November-2012-Krieg bezeichneten sich sowohl die israelische Regierung als auch die Hamas als Gewinner. Durch Vermittlung Ägyptens und der US-Regierung wurde eine Bodentruppen-Invasion abgewendet, im Waffenstillstandsabkommen konnte die Hamas einige Erleichterungen bei der Öffnung der Grenzen

durchsetzen, die israelische Seeblockade wurde ebenfalls gelockert. Statt zuvor drei Meilen dürfen die palästinensischen Fischer nun sechs Meilen aufs Meer hinausfahren - im Oslo- Friedensabkommen waren eigentlich einmal 20 Meilen vereinbart, die jedoch seither mehrfach von israelischer Seite reduziert wurden.

Durch den jüngsten Krieg entfachte im Gazastreifen neuer Hass auf die derzeitige rechtsgerichtete israelische Regierung, der sich auch in scharfen Reden von Khaled Meschal und Ismail Haniye ausdrückte.

Mit Beginn des neuen Schuljahres wurde an 16 Schulen des Gazastreifens ein neues Unterrichtsfach eingeführt: "Hebräisch". Die für die Einführung der neuen Fremdsprache zuständige Direktorin im Erziehungsministerium in Gaza-Stadt, Somaya al-Nachala, äußerte sich so: "Es weiß ja keiner, was die Zukunft bringt", meint sie. "Wir sind so nah und so verbunden, und die Sprache macht es einfacher zu kommunizieren" (SZ, 15.2.2013).

Anknüpfungspunkte und Voraussetzungen für mögliche Friedensverhandlungen

Im November 2012 stimmten 139 Staaten für die Aufwertung Palästinas zum "Beobachterstaat", 9 Länder stimmten mit Nein, 41 enthielten sich. Zuvor hatte Hamas-Führer Kahled Meschal Palästinenserpräsident Mahmud Abbas seine Zustimmung zur Antragstellung mit auf den Weg gegeben. Nach dem Abstimmungserfolg gab es Freudenkundgebungen in vielen palästinensischen Städten, in Ramallah feierten Hamas-Vertreter auf einer PLO-Kundgebung mit. Das Fatah-Führungsmitglied Schibril Radschub, ehemaliger Geheimdienstchef, sah im diplomatischen Anerkennungserfolg einen wichtigen Schritt zur inneren Aussöhnung zwischen Fatah und Hamas.

Bezüglich der "Palästina-Papiere" überraschte am 26. Januar 2011 die Süddeutsche Zeitung mit der Überschrift: "Fast Frieden. Geheime Dokumente zeigen, wie nahe Israelis und Palästinenser vor zweieinhalb Jahren einer Lösung ihres Konfliktes waren".

An den Verhandlungen beteiligt waren die damalige israelische Außenministerin Tzipi Livni und der palästinensische Chefunterhändler Saeb Erekat: "Inhaltlich zeigen die Papiere, wie in all den bis heute umkämpften Kernfragen des Konflikts damals schon recht konkrete Lösungsvorschläge auf dem Tisch lagen. Bei der Aufteilung Jerusalems sollen die Palästinenser demnach nicht nur einer Abtretung der meisten östlichen Stadtgebiete, in denen rund 200 000 Juden an-

gesiedelt wurden, zugestimmt haben. Auch Vorschläge zur Aufteilung der Altstadt wurden vorgelegt. Die Israelis sollten das jüdische Viertel mit dem Zugang zur Klagemauer sowie Teile des armenischen Viertels bekommen, für den Tempelberg wurde eine vorübergehende internationale Kontrolle ins Spiel gebracht. Beim Rückkehrrecht für Flüchtlinge ging der Streit nicht mehr ums Prinzip, sondern nur noch um die Zahlen. Abbas soll eingeräumt haben, dass man von Israel nicht die Aufnahme von einer Million Flüchtlinge erwarten könne, denn dies würde 'das Ende Israels bedeuten'. In einem als privat deklarierten Gespräch sollen Unterhändler sich sogar mit einem Rückkehrrecht für lediglich 10 000 Flüchtlinge samt ihrer Familien zufrieden gegeben haben. (...) Bei aller Kompromissuche blieben jedoch den Dokumenten zufolge auch damals Streitfragen offen. Die Palästinenser sollen darauf beharrt haben, dass zwei große Siedlungen - Maale Adumin und Ariel - nicht ins israelische Staatsgebiet einbezogen werden dürfen. Die Bewohner könnten allerdings dort bleiben und unter einer palästinensischen Regierung leben. Livni wies das zurück mit dem Argument, sie würden 'am nächsten Tag getötet'. Sie schlug bei anderer Gelegenheit einen Gebietstausch vor, bei dem vier grenznahe Gemeinden mit arabischer Bevölkerung von Israel in den künftigen Palästinenserstaat wechseln könnten. Das lehnten die Palästinenser mit den Worten ab: 'Alle Araber werden gegen uns sein'. Angesichts der damals offenbar weitreichenden palästinensischen Zugeständnisse wird in Israel nun bereits über eine verpasste Friedenschance debattiert. Unter der heutigen rechtsnationalen Regierung von Premier Benjamin Netanjahu haben sich die Parteien wieder weit voneinander entfernt. Die Veröffentlichung der Dokumente dürfte es Palästinenserpräsident Abbas indes noch schwerer machen, wieder auf Israel zuzugehen". So weit Peter Münch in seinem SZ-Artikel vom 26.1.2011.

Aus den Wahlen in Israel vom Januar 2013 ging Benjamin Netanjahu geschwächt hervor. Tzipi Livni hatte als einzige relevante politische Größe das Thema Friedensverhandlungen mit den Palästinensern zum Wahlkampfthema gemacht. Benjamin Netanjahu hat im Februar 2013 "Tzipi Livni als erste Koalitionspartnerin gewonnen. Beide legten ein Bekenntnis zur Zwei-Staaten-Lösung des Konflikts mit den Palästinensern ab. Livni soll das Justizministerium und die Federführung bei möglichen neuen Friedensverhandlungen mit den Palästinensern übernehmen", so die SZ am 20.2.2013. Wie das "Bekenntnis zur Zweistaatenlösung" mit dem weiter gehenden Siedlungsbau zu vereinbaren ist, vor allem auch mit dem E-1-Projekt, das als neues Siedlungsprojekt auf der Linie Jerusalem-Jericho das

Westjordanland zerteilt und damit endgültig ein zusammenhängendes Palästina zumindest auf der Westbank-Fläche verhindert, bleibt wohl das offene Geheimnis der israelischen Regierung.

Die als "Taube" unter den Kabinetts-Mitgliedern geltende Tzipi Livni steht angesichts der derzeitigen Ministerriege in Israel vor einer nahezu unlösbaren Aufgabe. Ein Anknüpfen an die von Tzipi Livni geführten Verhandlungen mit dem palästinensischen Chefunterhändler Saeb Erekat wird vermutlich nur gelingen, wenn der Druck seitens der EU-Staaten auf die Konfliktparteien erheblich zunimmt.

Inge Günther, Nahost-Korrespondentin, schrieb in der Badischen Zeitung am 28.12.2012 unter der Überschrift: "In Palästina macht sich Ernüchterung breit": "Je länger der Westen dabei zuschaut, desto mehr wächst die Gefahr einer Eskalation. Manche der Warnungen, die Westbank stehe kurz vor einer dritten Intifada, klingen zwar hysterisch. Die meisten Palästinenser sind daran interessiert, über die Runden zu kommen, ihren Kindern eine Ausbildung zu verschaffen, eine Zukunft. Aber dazu gehört eine politische Perspektive. Die ist nicht in Sicht".

Noch immer sitzen mehr als 4700 Palästinenserinnen und Palästinenser in israelischen Gefängnissen, viele von ihnen befinden sich aktuell in einem Hungerstreik. Die Zahl der Administrativ-Häftlinge, gegen die keine Anklage vorliegt und deren Haftzeit immer wieder ohne Grund verlängert wird, hat sich von 204 Personen im Jahre 2010 auf 307 Personen im Jahr 2011 erhöht, 2012 fiel sie auf 178 Personen. Die Zahl der Häuserzerstörungen stieg von 108 im Jahre 2010 auf 176 im Jahre 2011, für das Jahr 2012 liegen noch keine endgültigen Angaben vor (Angaben nach: www.btselem.org).

Umso wichtiger wäre gerade jetzt, dass von außen neue Impulse kommen, die den beiden verfeindeten Lagern neue Sichten und neue Perspektiven weisen - und auch neue Anstöße aus Israel selbst.

Der orthodoxe jüdische Nahostexperte Gershon Gorenberg, der u.a. für das "New York Times Magazin" und "Haaretz" schreibt, beendet sein neuestes Buch "Israel schafft sich ab" (Frankfurt 2012) mit den Sätzen: "Die größte Verantwortung jedoch fällt natürlich den Israelis selbst zu, uns, die wir hier leben. Die Geschichte ist kein unvermeidlicher Prozess der Erlösung oder des Verfalls. Sie steht nicht im Vorhinein fest. Tatsächlich wird selbst die Vergangenheit ständig umgeschrieben. Die Entscheidungen, die Israel heute trifft, werden bestimmen, ob seine Anfänge als Geburt eines gescheiterten Staates oder einer erfolgreichen Demokratie in Erinnerung behalten

werden. Die Veränderungen, die ich beschrieben habe - die Beendigung der Besatzung, die Garantie voller Gleichheit, die Trennung von Staat und Synagoge -, erfordern eine viel kleinere Revolution als die Gründung des Staates. Sie sind nicht nur möglich, sondern für Israels Zukunft von entscheidender Bedeutung. Wir können Israel erlauben, mit seiner Selbstdemontage fortzufahren, oder wir können uns dafür entscheiden, es neu zu gründen".

Präsident Barack Obama hat Israel bei seinem ersten Besuch im März 2013 "ewigen" Beistand der USA zugesagt. Er vermied bewusst eine Rede in der Knesset und wandte sich statt dessen lieber an die junge Generation in Israel, der er einen Blick auf das Schicksal der palästinensischen Seite empfahl. Während er bei seiner Kairo-Rede 2009 noch den Siedlungsbau kritisierte, der eine Zweistaatenlösung verhindert, äußerte er sich bei seinem Israelbesuch zumindest in den offiziellen Gesprächen und Verlautbarungen nicht zum Thema Siedlungen.

Diese von palästinensischer Seite als Parteinahme für Israel empfundene Haltung des US-Präsidenten, der kein "ehrlicher Makler" zwischen den Nahostkonfliktparteien war und vermutlich auch in Zukunft nicht sein kann, ruft geradezu nach einem stärkeren Engagement der Europäischen Union.

Am 11. März 2013 forderten in einem Brief an die EU-"Außenministerin" Catherine Ashton 23 Abgeordnete des Europäischen Parlaments, das EU-Israel-Assoziierungsabkommen zumindest teilweise auszusetzen, sofern sich die israelische Regierung nicht an dessen Artikel 2, die Respektierung demokratischer Grundprinzipien und der Menschenrechte, hält.

Dieser Brief, der auch an die Europäische Kommission für Internationalen Handel ging, bräuchte noch mehr Unterschriften und Nachdruck durch weitere Aktionen, um von EU-Seite die neuen Chancen von außen zu nutzen, die durch die Untätigkeit des US-Präsidenten im Hinblick auf die Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen entstanden sind (2).

(1)
http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2013/03/fayyad-stay-leave.html?utm_source=&utm_medium=email&utm_campaign=6706

(2)
<http://www.marietjeschaake.eu/2013/03/press-release-mep-schaake-eu-should-use-association-agreement-to-end-israeli-settlement-activity/>

Clemens Ronnefeldt,

Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes

Interessante Links zu Israel/ Palästina Beiträgen

Recherchiert von Clemens Ronnefeldt

1. "Handel gegen den Frieden - Wie Europa zur Erhaltung illegaler israelischer Siedlungen beiträgt"

22 Nichtregierungsorganisationen, darunter die Kirche von Schweden, IKV Pax Christi Niederlande, Medico International Deutschland, die Methodistische Kirche in Großbritannien und der Quäkerrat für europäische Angelegenheiten, haben gemeinsam einen 36-Seiten umfassenden Bericht erstellt mit dem Titel:

"Handel gegen den Frieden - Wie Europa zur Erhaltung illegaler israelischer Siedlungen beiträgt".

Der Bericht empfiehlt der EU eine Reihe von konkreten Maßnahmen, die bisherige Politik zu verlassen und die Einhaltung des Völkerrechts zur Grundlage einer geänderten EU-Politik zu machen - was konkrete Maßnahmen bezüglich der israelischen Siedlungen im Westjordanland zur Folge hätte (s. Seite 30f.).

<http://www.medico.de/themen/menschenrechte/nahost/dokumente/eu-importiert-15-mal-mehr-von-illegalen-israelischen-siedlungen-als-von-palaestinsern-enthuehlt-neuer-bericht-/4324/>

2. Jörg Lau, Warum Israel gut mit den Muslimbrüdern kann, 5. März 2013

http://blog.zeit.de/joerglau/2013/03/05/warum-israel-gut-mit-den-muslimbruedern-kann_5919

3. Peter Münch, Obama in Israel - Frustrierter Friedensstifter, SZ, 18. März 2013

<http://www.sueddeutsche.de/politik/obama-in-israel-frustrierter-friedensstifter-1.1627085>

4. Susanne Kaul, Neues Kabinett in Israel - „Eher jüdisch als demokratisch“, taz, 17.3.2013

<http://www.taz.de/Neues-Kabinett-in-Israel/!112985/>

5. Martin Winter, Peres fordert Araber zum Eingreifen auf, SZ, 13.3.2013

<http://www.sueddeutsche.de/k5n38P/1194972/Peres-fordert-Araber-zum-Eingreifen-auf.html>

6. Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten (INAMO), 20.2.2013

Enthüllungen aus Bulgarien widersprechen Hizbullah-Täterschaft

<http://www.inamo.de/index.php/libanon-beitrag-lesen/items/enthuellungen-aus-bulgarien-widersprechen-hizbullah-taeterschaft.html>

7. Israel ist verärgert über EU-Förderstopp, 17.7.2013

Die EU will Israelis in den besetzten Gebieten keinerlei Fördermittel mehr zukommen lassen. Das sorgt für Ärger in Israel, der Wohnungsminister spricht von Rassismus.

Zwischen der EU und Israel gibt es politische Spannungen. Grund ist ein Leitfaden der EU, in dem festgelegt ist, alle seit 1967 von Israel besetzten Gebiete aus künftigen Förderprogrammen der Gemeinschaft auszuschließen – was großen Ärger in Israels Regierung ausgelöst hat.

<http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-07/eu-israel-foerderrichtlinien-streit>

Dossier VI

"Der Mali-Konflikt oder: Der Kampf um die Kontrolle von Nord- und Westafrika"

Es ist auf der Webseite der Kooperation für den Frieden zu finden und zu bestellen unter:

<http://www.friedenskooperative.de/cgi-bin/bestell.pl?matnr31artnr=di&bestaetigung=Produktinfo31#rubrik2>

unter der Rubrik: "Infomaterial Monitoring ZKB", Einzelpreis 1,20 Euro.

Arbeitsbereich Frieden

Guluwalk 2013: Hopp, hopp, hopp – Kindersoldaten stopp!

Trotz strömenden Regens fanden sich 100 Demonstranten am 25. Mai am Kollwitzplatz in Berlin ein, um gegen den weltweiten Missbrauch von Kindern als Soldaten zu protestieren – darunter einige Schüler und Schülerinnen des Schulfachs Humanistische Lebenskunde.

Töns Wiethüchter

Mittwoch, 26. Juni 2013



Trotz Dauerregen kamen etwa 100, die gegen den Missbrauch von Kindern als Kindersoldaten demonstrierten | Foto: Töns Wiethüchter

„Hopp – hopp – hopp- Kindersoldaten Stopp!“ Unermüdlich skandieren die Schülerinnen ihre Parole. Mittlerweile kleben ihre Haare klatschnass an den Köpfen und ihre Kleidung und die Schuhe sind durchnässt. Anstatt bei diesem Wetter zu Hause auf dem Sofa abzuhängen und mit Freunden zu chatten, sind sie lieber nach Berlin-Mitte gekommen. Wer heute hier ist, der hat etwas zu sagen, der will Gehör finden. Ihre Trillerpfeifen übertönen den Regen, der ihnen nichts auszumachen scheint. „Ich protestiere gegen Kindersoldaten. Das ist nicht gut. Kinder haben schließlich Rechte“, antwortet die 11-jährige Samantha aus der Ludwig-Heck-Grundschule in Tempelhof auf die Frage, warum sie heute am Guluwalk teilnehme. Auf ihrem selbst gestalteten Plakat sieht man eine mit dickem Stift durchgestrichene Waffe.

Eine sichtlich beeindruckte Passantin fragt auf Drängen ihres Kindes die Schüler der Bornholmer Grundschule, wogegen sie protestierten. „Kindersoldaten?“ fragt sie noch einmal nach, so als könne sie nicht glauben, dass so etwas tatsächlich existiert. Doch nach Schätzungen der UNICEF dienen 250.000 Kinder in bewaffneten Gruppen oder Armeen. Einige kämpfen mit billigen, leichten Kleinwaffen wie den Kalaschnikows. Andere dienen ihren Kriegsherren auf andere Weise: als Lastenträger, Köche oder Späher. Mädchen werden nicht selten als Sexsklavinnen gehalten. Laut einer UNICEF-Studie von 2007 sind etwa 40% derjenigen „Kinder oder Jugendliche, die von Streitkräften oder be-

waffneten Gruppen rekrutiert oder benutzt werden oder wurden, egal in welcher Rolle oder Funktion“, wie die offizielle Definition von Kindersoldaten lautet, weiblich!

Fakten, mit denen die Schülerinnen und Schüler der Lebenskundegruppe aus der Bornholmer Grundschule bestens vertraut sind. „Jedes Kind hat eine schöne Kindheit verdient. Wir sind hier, um nicht nur zuzugucken, sondern auch zu helfen“, diktieren die 12-jährigen Joanne und Amal-Sarris ins Mikrofon. Sie berichten von dem Besuch eines ehemaligen Kindersoldaten im Lebenskundeunterricht, der sich wohl wegen seiner dunklen Hautfarbe „Mister Chocolate“ genannt habe. Er habe ihnen aus seinem Leben erzählt, wie er entführt, seine Schwestern geschändet und wie seine Eltern vor seinen Augen getötet worden seien.



"Wir sind hier, um nicht nur zuzugucken, sondern auch zu helfen" | Foto: Töns Wiethüchter

Die Lebenskundeschülerin Lotte verneint die Frage, ob das Thema für Kinder nicht zu grausam sei. Sie fühle sich ernster genommen, wenn ihr das Grausame der Welt nicht verschwiegen werde. Es war „total emotional“ und alle hätten auch ein wenig geweint, beschreiben die Schülerinnen einhellig die Unterrichtsatmosphäre. „Mister Chocolate“ heißt eigentlich Yookie Albert Mangenge, ein ehemaliger Kindersoldat, der in Kooperation mit dem Schulfach Humanistische Lebenskunde Schulen besucht, um ihnen von seinem Leben zu berichten und für die Solidarität mit den Kindersoldaten zu werben. Man müsse kein Politiker sein, um etwas zu ändern, sagt Yookie Albert Mangenge auf der abschließenden Kundgebung im Monbijoupark.

Es gibt heute viele Kinder in Afrika, die nicht in der Lage sind, auszusprechen, was sie fühlen, weil sie durch all diesen Schmerz hindurchgegangen sind. Sie können nicht nach Europa kommen und den Mund aufmachen, um nach Hilfe zu fragen.

Mangenge forderte, sich lautstark gegen den Einsatz von Kindern in bewaffneten Konflikten einzusetzen. Wie an diesem Tag auf dem Guluwalk. „Guluwalk ist klasse!“ meint die Lebenskundeschülerin Samantha. Der Name des Protestmarsches verweist auf die Provinzhauptstadt Gulu in Uganda. Hier demonstrierten zum ersten Mal im Jahr 2005 Kinder und Erwachsene gegen den Missbrauch von Kindern als Soldaten. Täglich fanden tausende Kinder aus der Umgebung, die Night Commuters, nachts in den Straßen der Stadt Schutz vor der LRA (Lord's Resistance Army). Die LRA überfiel die umlie-

genden Dörfer, tötete die Bevölkerung und machte die Kinder zu Sklaven ihrer Armee. In Erinnerung an diese Wanderungen entwickelte sich ein weltweiter Protestmarsch - der Guluwalk.

Am Ende der Veranstaltung greift das Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses Klaus Lederer (Die Linke) eine weitere Forderung des Guluwalks auf: Keine Werbung für das Militär an deutschen Schulen. Die Bundeswehr versuche, den Jugendlichen „Krieg als Abenteuer zu verkaufen, Minderjährigen wohlgermerkt, in der Hoffnung, dass sich junge Menschen für den Beruf Krieger entscheiden. Das, was die Bundeswehr dort macht, ist verharmlosend. ... Aber Krieg verbindet sich immer mit Konsequenzen. Und zwar nicht nur für diejenigen, die den Krieg erleiden müssen, sondern auch für diejenigen, die in den Krieg ziehen.“ Die Bundeswehr hat an Schulen nichts zu suchen. „Kinder brauchen Spielzeug / Keine Waffen“ und „Statt Blut an den Händen, spielende Hände“ ist auf den Plakaten der Lebenskundeschülerinnen, die über einem Meer aus Regenschirmen zu tanzen scheinen, zu lesen. Nein, es ist nicht zu erwarten, dass sich diese Lebenskundeschüler einmal von der Werbung der Bundeswehr an Schulen werden einwickeln lassen.



Eines der umstrittenen Rekrutierungsplakate

{{PD}} Quelle:

http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Lady_Bird_Johnson_Visiting_a_Classroom_for_Project_Head_Start_1966.gif File:Lady Bird Johnson Visiting a Classroom for Project Head Start 1966.gif] bei den [http://commons.wikimedia.org/wiki/Main_Page

Uganda: Das Geschäft mit Kindersoldaten

66.000 Kinder soll Joseph Kony, der Anführer der „Lord Resistance Army“ in Uganda in seine Rebellarmee gezwungen haben und erregte damit den tiefen Abscheu der Weltöffentlichkeit. Doch wenige wissen: Private Sicherheitsfirmen rekrutieren seit vielen Jahren tausende dieser ehemaligen Kindersoldaten aus Uganda als Wachleute für die US-Kriegseinsätze in Afghanistan und dem Irak.

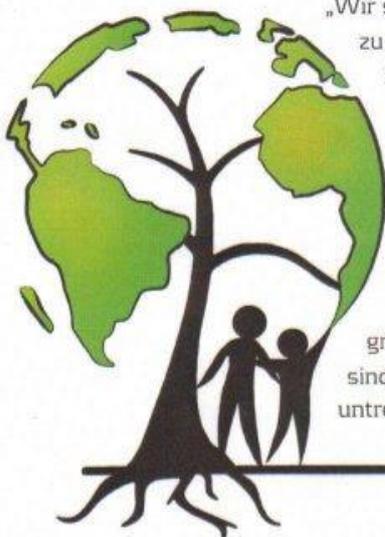
<http://www.arte.tv/de/uganda-das-geschaeft-mit-kindersoldaten/6923812,CmC=6923816.html>

Bäume sind Leben!

Bäume sind Leben! Ohne Bäume verdorrt das Land und Menschen und Tiere verlieren ihre Lebensgrundlage. Bäume halten den Boden gesund, sind Nahrung und Lebensraum für Tiere, geben Holz zum Kochen und zum Bauen von Häusern, sie spenden Schatten, in dem sich Menschen begegnen, und erhalten das klimatische Gleichgewicht unseres Planeten. Der Baum ist seit jeher das Zeichen für Leben und ein Symbol für den Frieden.

Insbesondere in Afrika sind Bäume und Leben gefährdet. Unser westlicher Lebensstil beutet die Ökosysteme unseres Planeten aus, nicht nur vor unserer Tür, sondern auch in Afrika. Von dort kommen viele Ressourcen, die wir verbrauchen. Die Emissionen unseres entgrenzten Lebensstils heizen den Klimawandel an, sodass sich besonders in Afrika Dürren ausbreiten. Die Fläche, die notwendig ist um unseren Lebensstil dauerhaft zu ermöglichen - unser ökologischer Fußabdruck - ist mehr als doppelt so groß als die Fläche Europas. Wir leben auf Kosten anderer! Die Zerstörung der Lebensgrundlage in den ländlichen Regionen Afrikas führt dabei nicht nur zu Hunger, sondern treibt Menschen auf der Suche nach Arbeit in Slums. Dadurch werden soziale Netze und kulturelles Wissen zerstört und Gewalt und Kriminalität nehmen zu.

Bäume schaffen Lebensgrundlagen für Menschen, heilen die Natur und stiften Frieden. Bäume zu pflanzen ist eine Aufgabe, die wir gemeinschaftlich angehen können und bei der verschiedene Kulturen viel voneinander lernen können. Die kenianische Friedensnobelpreisträgerin Wangari Maathai hat einmal Folgendes zum Ausdruck gebracht:



„Wir sind dazu aufgerufen der Erde zu helfen ihre Wunden zu heilen und damit auch uns zu heilen - die ganze Schöpfung mit all ihrer Vielfalt, ihrer Schönheit und ihren Wundern zu behüten. Dies wird dann gelingen, wenn wir unseren Sinn dafür wieder entdecken, dass wir Teil einer größeren Familie des Lebens sind, mit der unsere Entwicklung untrennbar verbunden ist.“

Im Rahmen eines Freiwilligendienstes des 'Friedenszentrum Martin Niemöller Haus' werde ich im nächsten halben Jahr ein Baumpflanz-Projekt der kenianischen NGO 'Springs of Africa' mit meiner Arbeitskraft unterstützen. Diane und Ibrahim Omondì, Gründer dieser NGO und Leiter der 'Dove Africa' Mission in Nairobi, lernte ich letztes Jahr in den USA kennen. Inhalt des Projekts ist die Erstellung und Umsetzung eines nachhaltigen Energiekonzepts für ein Dorf nördlich des Viktoria Sees.

Ziel des Freiwilligendienstes ist es, mit Menschen anderer Kulturen zu leben, zu arbeiten und voneinander zu lernen. Gerne würde ich meine Erfahrungen mit euch teilen. So kann eine Gemeinschaft entstehen: Nicht nur die Menschen, mit denen ich arbeite, und ich selbst, sondern auch Ihr könnt damit Teil der Entwicklung werden.

Zu diesem Zweck werde ich auf meiner Website [www.tobiaslohse.de/kenia] regelmäßig Artikel veröffentlichen, welche ihr auf Anfrage auch per Mail oder Post erhalten könnt. Außerdem hoffe ich natürlich, mich nach meiner Rückkehr persönlich mit euch auszutauschen.

Um dieses Projekt zu ermöglichen, bin ich auch auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Wenn ihr auf diese Weise beitragen wollt, spendet bitte an das Friedenszentrum Martin Niemöller Haus (BLZ: 10010010, KN: 67132105) und gebt als Betreff 'Freiwilligendienst Tobias Lohse' an. Für eine Spendenquittung schickt bitte zusätzlich eine formlose Mitteilung mit eurer Adresse und der Höhe des Betrages an das Martin Niemöller Haus z.Hd. Ulrich Sonn, Pacelliallee 61, 14195 Berlin oder per Mail an vb_ulisonn@yahoo.de. Die Spendenquittung wird am Jahresende zugesandt.

herzlich, Euer Tobias

Datum: 18.9.2013

Uhrzeit: 19:30 Uhr

Ort: Martin Niemöller Haus

Referent: Clemens Ronnefeld

"Auslandseinsätze der Bundeswehr - Folgen und Wirkungen"

Im Kosovo, vor der Küste des Libanon, am Horn von Afrika, am massivsten seit 11 Jahren in Afghanistan – und neuerdings auch in Mali: die Bundeswehr operiert weltweit. Ist das sinnvoll? Ist es überhaupt durch das Grundgesetz gedeckt? Wem dienen diese Einsätze? Was bewirkt das deutsche Militär in den Einsatzgebieten – positiv wie negativ? Und: ließe sich nicht mit demselben Aufwand für zivile Maßnahmen bessere und nachhaltigere Unterstützung leisten?

Clemens Ronnefeldt ist Friedensreferent beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes. Vor allem mit den Konflikten im Nahen und Mittleren Osten hat er sich viele Jahre intensiv beschäftigt. Durch viele persönliche Kontakte und auch etliche Reisen in die Konfliktgebiete verfügt er über unmittelbare Eindrücke und teilweise vom Mainstream abweichende Einschätzungen.



Quelle: Einsatzführungskommando der Bundeswehr

Stand: Juli 2013

Almuth Berger, Berlin, Volkmar Deile, Berlin, Heino Falcke, Erfurt, Jochen Garstecki, Magdeburg, Heiko Lietz, Güstrow, Ruth und Hans Misselwitz, Berlin, Konrad Raiser, Berlin, Gerhard Rein, Berlin, Hans-Jochen Tschiche, Satuelle

Gegen den Verlust des Politischen Offener Brief von Christen zur Bundestagswahl

Wir wenden uns mit diesem Brief an alle, die von der Politik in unserem Land enttäuscht sind, wie von einer Lähmung befallen und fast kapitulieren vor der Frage, was sie wählen und ob sie überhaupt wählen sollen. Wir wollen aber nicht länger hinnehmen, dass eine Debatte über langfristige gesellschaftliche Ziele nicht nur nicht stattfindet, sondern auch offenbar nicht gewollt ist.

Mit diesem Verlust des Politischen finden wir uns nicht ab. Wir weisen mit unserem Brief auf zwei für uns wesentliche Politikfelder hin. Wir wissen uns der ökumenischen Friedens- und Gerechtigkeitsarbeit verpflichtet. Wir vertrauen der Kraft der Zivilgesellschaft. Eine „marktkonforme Demokratie“ wie ein scheinbar alternativloses „weiter so“ akzeptieren wir nicht.

1.

Deutschland wird immer mehr zum Akteur einer militär-gestützten Interessen- und Machtpolitik. Die Logik entgrenzter Kriegsführung tritt an die Stelle der vom Grundgesetz gebotenen Friedensverpflichtung. Statt die Tradition militärischer Zurückhaltung, einst Kern deutscher Friedenspolitik, zu nutzen, bedient die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik vor allem nationale Egoisten mit Hilfe militärischer Mittel.

Dass die Maxime „Vorrang für Zivil“ nahezu aus dem Vokabular der deutschen Politik verschwunden ist, gehört zu den Defiziten der letzten fünf Jahre. Es gibt kaum noch Initiativen, die ein vorrangiges Interesse deutscher Politik an Prävention erkennen lassen. Die Bundeswehr wird von der Politik zum Generalbevollmächtigten deutscher Friedensverantwortung hochstilisiert. Diese Entwicklung lehnen wir entschieden ab.

Wie perspektivlos diese Politik ist, zeigt das Beispiel Afghanistan. Der Versuch, in Afghanistan mit militärischen Mitteln nachhaltigen Frieden zu schaffen, ist gescheitert. Dennoch wird die Bundeswehr zu einer weltweit aktiven Einsatz-Armee umgebaut. Ihre strategische Aufgabe ist es, den nationalen Interessen Deutschlands Geltung zu verschaffen. Es gebe keine Region der Welt, „in der Deutschland nichts zu suchen habe“ (Verteidigungsminister de Maiziere, 2012). Oberste politische Priorität hat nicht mehr die Friedensverpflichtung des Grundgesetzes, son-

dern die Sicherung des ungehinderten Zugangs zu Rohstoffen durch militärische Interventionsfähigkeit.

Deutschland ist mittlerweile der drittgrößte Waffen- und Rüstungsexporteur der Welt. Mit dieser expansiven Rüstungsexportpolitik betreibt die Bundesregierung Wirtschaftsförderung für die eigene Klientel. Unverblümt gibt die Kanzlerin die skandalösen Waffenexporte in Spannungsgebiete als Teil deutscher Friedenspolitik aus. Diese Vernebelung, die durch die völlig undurchsichtige Genehmigungspraxis des Bundessicherheitsrates gestützt wird, darf der Bundestag nicht länger hinnehmen. Deutsche Rüstungsexporte vergrößern das Gewaltpotential in regionalen Konflikten, erschweren die Chancen für friedliche Lösungen und erhöhen die Gefahr neuer Kriege. Friedenspolitik durch Waffenexporte betreiben zu wollen ist ein Armutszeugnis für die deutsche Politik. Mehr Waffen schaffen nicht mehr Sicherheit, nirgends.

Der Verteidigungsminister will bewaffnete Drohnen anschaffen. Er hält sie für „ethisch neutral“. Ihr Einsatz sei wie jeder andere, nur weniger gefährlich für „uns“. Wir halten es für einen Skandal, dass er mit dieser Auffassung auch noch vom bisherigen Evangelischen Militärbischof Martin Dutzmann unterstützt wird.

Die Beschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr verdeutlicht das fatale Zwangsgefälle, das von neuen technologischen Entwicklungen für die weltweite Rüstungsdynamik ausgeht.

Wir warnen vor diesen Entwicklungen. Vor allem möchten wir erreichen, dass die Gefahren, die sich aus dieser schleichenden, kaum diskutierten Militarisierung der deutschen Politik ergeben, öffentlich bewusst gemacht werden. Nur so kann es gelingen, diesen gefährlichen Entwicklungen zu widerstehen.

2.

Wir leben in einem reichen Land, privilegiert und besser dran als viele Menschen in anderen Staaten und Regionen der Welt. Wir schätzen die offene Gesellschaft, die überwiegend tolerante Grundhaltung, die der Bundesrepublik ein nach außen sympathisches Gesicht gibt. Dazu würde

eine mutige, den großen Möglichkeiten unseres Landes entsprechende Politik passen, die sich den Aufgaben der Zukunft stellt. Selbst eine Debatte darüber findet nicht statt. Dieser Verzicht führt zu einer Lähmung der Demokratie.

Zum Verlust des Politischen in unserer Gesellschaft tragen auch die Oppositionsparteien bei. Sie verhalten sich wie abhängige Konsumenten, die die Produkte der Regierung zwar kritisieren, sie am Ende aber kaufen: in der Finanzkrise, in der Europapolitik, bei den Auslandseinsätzen der Bundeswehr. So erleben wir nach innen ein politisch eher erstarrtes Deutschland, in dem sich eine permanente Große-Koalitions-Stimmung wie Mehltau verbreitet, die die vorhandenen sozialen und politischen Gegensätze nicht bearbeitet. In selbstgerechter Arroganz zeigt man auf Probleme anderer Länder und verschweigt, welchen Anteil wir daran haben.

Eine Politik, die in Europa soziale Ungleichheiten verschärft, bereitet den Nährboden für einen neuen Nationalismus. Deshalb warnen wir nicht nur vor einer Militarisierung, sondern auch vor einer nationalistischen Vorteilsnahme unserer Politik. Sie bedroht Europas Zukunft. Deutsche Politik hat maßgeblich daran mitgewirkt, dass die durch globale Finanzmärkte ausgelöste, und von den Staaten aufgefangene Finanzkrise anschließend zu einer Staatsschuldenkrise umgedeutet

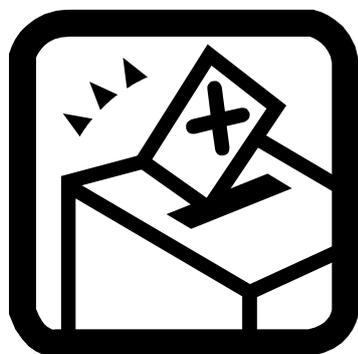
und den Ländern zur Last gelegt wurde, begleitet von subtiler nationalistisch gefärbten Rhetorik. Wir halten es für verlogen, wenn deutsche Politik den eigenen Bürgern suggeriert, dass ihre Steuern für die Schulden anderer Länder aufzukommen haben, wo in Wahrheit doch Deutschland der größte Profiteur der Schulden der Anderen ist.

Die Bundesregierung hat mit der Behauptung, die Krisenländer lebten über ihre Verhältnisse, Maßnahmen mitverantwortet, die die Wirtschaft der betroffenen Länder kollabieren und die Arbeitslosigkeit explodieren ließen. So wurde ein politisches Klima erzeugt, in dem Populismus und Nationalismus gedeihen.

Eine Gefahr für die europäischen Demokratien. Dieser Gefahr muss dadurch begegnet werden, dass eine europäische Solidargemeinschaft den ruinösen Staatenwettbewerb ablöst.

Wir wollen mit diesem Offenen Brief erreichen, dass unser entschiedenes Nein zu nationalen Egoismen in Europa, zur Militarisierung unserer Politik und unseres Denkens, unser Nein zur Ausrüstung mit Kampfdrohnen von möglichst vielen Menschen bei ihrer Stimmabgabe bei der Wahl am 22. September mit bedacht werden.

Berlin, im Juli 2013



Friedenspolitische Forderungen für die kommende Wahl

Auch der Arbeitsausschuss der Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD hat anlässlich der bevorstehenden Bundeswahl eine Stellungnahme erarbeitet. Hier der link:
http://www.friedensdienst.de/uploads/media/KfF_Forderungen_BTW2013_13_05_17.pdf